

GRÜNDUNGSDOKUMENT

1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt“ (Art. 1, Abs. 1 Grundgesetz). Das gilt auch für Menschen in der Illegalität: „Der Status der Ungesetzlichkeit rechtfertigt keine Abstriche bei der Würde des Migranten, der mit unveräußerlichen Rechten versehen ist, die weder verletzt noch unbeachtet gelassen werden dürfen“ (Papst Johannes Paul II, Botschaft zum Welttag der Migranten, 1995: Nr.2). Die Wirklichkeit sieht jedoch anders aus: Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus können ihre Rechte in Deutschland kaum einfordern. Sie befinden sich häufig in einer schwierigen und verzweifelten Lage.

2: Die Katholische Kirche sieht sich durch diese Situation schon seit längerem herausgefordert. In ihrer Handreichung „Leben in der Illegalität in Deutschland“ (2001) hat die Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz die humanitären und pastoralen Fragen beschrieben und Hinweise für die Praxis gegeben. Die Einrichtungen der Kirche im Sozial- und Gesundheitsbereich sind bereits seit Jahren um Hilfestellung für die irregulären Zuwanderer bemüht. Die fremdsprachigen katholischen Gemeinden sind Anlaufstelle für viele Betroffene.

3: Darüber hinaus kommt es heute darauf an, das Bewusstsein unserer Gesellschaft für die Probleme von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus zu sensibilisieren und im politischen Raum für angemessene Lösungen zu werben. Diese Ziele können nur erreicht werden, wenn verschiedene Träger kirchlicher Arbeit ihre Kräfte bündeln und die vielfältigen Handlungskonzepte und Aktivitäten im katholischen Raum verbinden. Deshalb schließen sich auf Initiative der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz und unter Leitung von deren Vorsitzenden Weihbischof Dr. Josef Voß der Deutsche Caritasverband, die Deutschen Malteser und der Jesuiten-Flüchtlingsdienst zur Gründung des „Katholischen Forums Leben in der Illegalität“ zusammen.

4: Das Katholische Forum setzt sich folgende Aufgaben:

- Durch ein abgestimmtes Vorgehen soll in Gesellschaft und Politik ein vertieftes Bewusstsein für das Phänomen der „Illegalität“ geschaffen werden.
- Bei Entscheidungsträgern in Politik und Verwaltung tritt das Katholische Forum aktiv für die humanitären Belange und die zentralen sozialen Rechte der Betroffenen ein. Dazu gehören vorrangig Fragen der medizinischen Behandlung, des Schulbesuchs von Kindern und der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten.
- In gemeinsamer Einwirkung auf den Gesetzgeber bemüht sich das Katholische Forum um die Entkriminalisierung humanitär motivierter Hilfe, um Vermeidung von Illegalität und um Legalisierungsmöglichkeiten.
- Das Katholische Forum strebt eine profunde Kenntnis der mit Illegalität verbundenen Problemfelder an und sucht deshalb auch den Austausch mit wissenschaftlichen Einrichtungen.
- Um die Belange der Menschen in der Illegalität effektiver vertreten zu können, sucht das Katholische Forum die koordinierte Zusammenarbeit und Vernetzung mit anderen Organisationen aus der Gesellschaft.